

SAFE

Steuern - Arbeit - Familie - Existenz

Das Steuer-, Sozial- und Arbeitsmarktkonzept von Wir Bürger

Vorwort	3
Die Herausforderungen:	4
Die ganzheitliche Lösung:	4
Ausgangslage:	5
Die Untätigkeit der regierenden Parteien und das drohende Ende des Sozialstaates	5
Das System hat sich überlebt und ist nicht mehr zukunftsfähig	5
Menschliche Arbeit wird in Deutschland zu stark mit Kosten belastet	6
"Bürgergeld" ist zu bürokratisch, kleinkariert und bietet zu wenige Anreize	6
Familienförderung entspricht nicht den Vorgaben des Verfassungsgerichts	6
Undurchsichtige Steuern, überproportionale Belastung der Mittelschicht	6
Unsere Antwort	7
Die Lösung der Rentenfrage	8
Neues Niveau der Familienförderung	8
Mehr Geld für Arbeitnehmer	9
Arbeitslosenversicherung entfällt	10
Bürgergeld (ex Hartz IV) wird abgeschafft	10
Die neue Steuerformel: Einfach, ausnahmslos, gerecht	11
Finanzierung des SAFE-Konzeptes:	12
Fazit:	12
Beispiele Auswirkungen SAFE auf Familien-Monatseinkommen (2021):	14



D	ie He	rausforderungen im Einzelnen:	15
	->	Steuer- und Abgabenlast signifikant senken	15
	->	Steuer- und Sozialrecht radikal vereinfachen	15
	->	Schlechterstellung von Arbeitnehmern beenden	16
	->	Soziale Sicherheit auf eine tragfähige Grundlage stellen:	16
	->	Benachteiligung von Familien ausgleichen	17
	->	Generationengerechtigkeit schaffen	18
	->	Bürokratie und Verwaltungskosten drastisch reduzieren	18
Α	usfüh	rliche Lösungsbeschreibung:	19
	Steu	ergutschrift ("Negative Einkommensteuer") als Schlüssel	20
	Nac	hhaltige Finanzierung des Gesundheitssystems durch alle Bürger aus Steueraufkommen	20
	Sich	erheit und Wohlstand im Alter – das Ende von Altersarmut	21
	Best	andsgarantie für bestehende Rentenansprüche:	21
	Die	neue Dimension der Familienförderung	21
	Steu	ergutschrift ersetzt "Bürgergeld" und Minijobs	22
	Akti	vierendes Grundeinkommen	22
	Arbe	eitgeber profitieren durch reduzierte Bürokratie und einen attraktiveren Arbeitsmarkt	23
	Arbe	eitslosenversicherung und Jobcenter entfallen	23
	SAF	E ist ein Befreiungsschlag in Sachen Entbürokratisierung	23
	Uns	ere Verantwortung für nachfolgende Generationen	24
	SAFI	E ist eine große Chance für Deutschland – nutzen wir sie gemeinsam	24

V.i.S.d.P.: Jürgen Joost, Bundesvorsitzender Wir Bürger



Vorwort



Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

die in Bund und Ländern regierenden Parteien lassen unsere sozialen Sicherungssysteme und damit den sozialen Frieden sehenden Auges gegen die Wand fahren. Immer weniger Menschen müssen mit steigenden Bei-trägen für immer mehr Menschen mit niedrigeren Leistungen eintreten. Altersarmut ist nicht nur eine Realität für wenige, sondern ein drohendes Szenario für viele.

Gleichzeitig werden die Leistungsträger unserer Gesellschaft geschröpft. Sie sind die Melkkühe der regierenden Parteien. Eine ausgeuferte Wohlstandsbürokratie und eine große Zahl von Profiteuren jenseits der eigentlichen Leistungsempfänger verbrennen weiteres Geld der Steuer- und Beitragszahler.

Die in Bund und Ländern regierenden Parteien – also CDU, CSU, SPD, FDP, Grüne und Linke – verweigern schuldhaft die Beantwortung der neuen sozialen Frage. Alles, was sie uns zu den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zumuten, sind Antworten der Vergangenheit oder unbezahlbare Utopien, je weiter es nach links geht. Diese Verweigerung geht zu Lasten aller aktiven Arbeitnehmer und insbesondere der jungen Generation.

Wir Bürger legen als erste und bislang einzige Partei in Deutschland ein grundlegendes Konzept zur Neuordnung der sozialen Sicherungssysteme und des Einkommensteuertarifs vor. Das SAFE-Konzept ist Teil des Parteiprogramms.

Kernelement ist die Einführung einer "negativen Einkommensteuer", die das überholte System der Finanzierung des Sozialversicherungssystems durch Abschöpfung von Arbeitnehmereinkommen sowie weitere staatliche Transferleistungen ersetzt. SAFE greift die grundsätzlichen Überlegungen des US-amerikanischen Wirtschaftsnobelpreisträgers Milton Friedman auf und überträgt diese in umsetzbare konkrete Politik.

Mit dem SAFE-Konzept legen wir unsere umfassenden Antworten vor zu den sozialen Fragen des 21. Jahrhunderts, zur Verhinderung von Altersarmut, zur Generationengerechtigkeit, zur Senkung der weltweit höchsten Steuer- und Abgabenlast, zur Familienförderung, zur Existenzsicherung, zur breit gefächerten Beteiligung am Produktivvermögen, zur drastischen Entbürokratisierung, zur Dynamisierung des Arbeitsmarktes und Entfesselung der Wirtschaftskraft Deutschlands.

Herzliche Grüße

- Bundesvorsitzender -



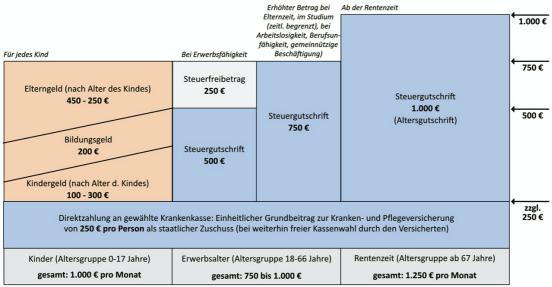
Die Herausforderungen:

- I. Steuer- und Abgabenlast signifikant senken
- II. Steuer- und Sozialrecht radikal vereinfachen
- III. Schlechterstellung von Arbeitnehmern beenden
- IV. Soziale Sicherheit auf eine tragfähige Grundlage stellen
 - a. Altersarmut verhindern
 - b. Gesundheitssystem stabilisieren
 - c. Existenzängste beseitigen
 - d. Eigenverantwortung und Wahlfreiheit stärken
- V. Benachteiligung von Familien ausgleichen
- VI. Generationengerechtigkeit schaffen
- VII. Bürokratie und Verwaltungskosten drastisch reduzieren

Die ganzheitliche Lösung:

- Gerechtigkeit durch Gleichbehandlung
- Einheitlicher Steuertarif mit Steuergutschrift ("negative Einkommensteuer")
- Signifikante Entlastung insbesondere für Arbeitnehmer
- Arbeit lohnt sich gegenüber Nichtarbeit ab dem ersten Euro
- Steuergutschrift deckt gleichzeitig Existenzminimum ab und ersetzt "Bürgergeld"
- Entfall der durch Umlagen finanzierten Sozialversicherung
- Grundsicherung im Alter per Steuergutschrift plus individuelle Kapitalbildung
- Grundfinanzierung des Gesundheitswesens plus individuelle Zusatzleistungen
- Nachhaltige Reform der Familienförderung
- Rigoroser Bürokratieabbau

Wir Bürger SAFE (Steuern, Arbeit, Familie, Existenz)



Hinweis: Alle genannten Zahlen beziehen sich auf 2021, aufgrund der Inflation sind die Zahlen im Nachhinein weiter zu erhöhen. Weitere Details zum Konzept unter www.wirbuerger.de/safe ...



Ausgangslage:

Die Untätigkeit der regierenden Parteien und das drohende Ende des Sozialstaates

Die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland beruhen wesentlich auf dem Prinzip einer Umlagefinanzierung durch gesetzlich vorgeschriebene Abgaben auf den Arbeitslohn. Gleichzeitig sind große Teile der Gesellschaft (z.B. Beamte, Selbständige, Freiberufler) von dieser Umlagefinanzierung ausgenommen.

Unser heutiges soziales Sicherheitssystem für Rentner und Familien basiert auf dem Konzept von Prof. Wilfrid Schreiber mit dem Titel "Existenzsicherheit in einer industriellen Gesellschaft". Es geht davon aus, dass ein normales Menschenleben drei Phasen durchläuft: Kindheit, Arbeitszeit und Rentenzeit. Geld wird aber nur in der Arbeitsphase verdient. Es muss also sinnvoll und gerecht auf alle drei Lebensphasen dynamisch verteilt werden.

Schreiber schlug vor, die Renten durch die gleichzeitig eingehenden Rentenbeiträge der nachwachsenden Generation auszuzahlen. Auf diese Weise wurde die Rente dynamisch und zeitgleich an die Lohnentwicklung angepasst. Das wiederum setzte voraus, dass die Zahl der Beitragszahler relativ stabil blieb im Verhältnis zu den Rentnern. Jeder Erwachsene sollte seine Kinderkosten in einen Fonds zurückzahlen. Aus diesem Fonds sollte jedes Kind bis zum 18. Lebensjahr und ebenfalls der Erziehungsberechtigte finanziert werden. Damit wurden die Kinderkosten von der ganzen Gemeinschaft getragen, weil die Gemeinschaft später von den Rentenbeiträgen der nachwachsenden Generation profitierte.

Der Schreiberplan wurde 1957 von der Adenauer-Regierung eingeführt. Der Grund war, dass damit die nachkriegsgeschwächten Renten um 60 % steigen würden. Ein ideales Wahlkampf-Thema. Um aber keine Wähler zu verlieren, strich er die Verpflichtung der Kinderkosten-Rückzahlung. Darauf hingewiesen, dass dadurch das Rentenkonzept zum Scheitern verurteilt sei, soll er gesagt haben: "Ihr mögt ja Recht haben, aber ich muss einen Wahlkampf gewinnen."

Kein Politiker und keine Partei haben es in den letzten Jahrzehnten gewagt, die Schuld der Politiker am Missbrauch des Schreiber-Konzeptes publik zu machen und zu korrigieren. Sie haben sich dadurch mitschuldig gemacht. Es gab immer nur kleinere Korrekturen zugunsten der Familien und der Rentner – vorzugsweise in Wahljahren.

Das System hat sich überlebt und ist nicht mehr zukunftsfähig

Auf Grund der demografischen Entwicklung ist insbesondere dem sogenannten "Generationenvertrag" für die Rente die Grundlage entzogen worden. Trotz längerer Lebensarbeitszeit und höherer Abgaben sinken die Rentenansprüche. Bereits jetzt muss die Rentenkasse durch staatliche Zuschüsse aufgefüllt werden, um sie nicht kollabieren zu lassen. Altersarmut auch nach einem langen Arbeitsleben ist ebenso eine Bedrohung wie die Ungerechtigkeit der immer stärker werdenden Belastung der jungen Generation.

Andere durch Umlagen finanzierte Leistungen (Krankenkasse, Arbeitslosenversicherung, Pflegeversicherung) werden durch politische Eingriffe mit sachfremden Kosten belastet oder reichen nicht aus (Pflege). Die Belastung ausschließlich der gesetzlich verpflichteten Beitragszahler für gesamtgesellschaftliche Aufgaben widerspricht dem Solidaritäts- und dem Gleichbehandlungsprinzip.



Menschliche Arbeit wird in Deutschland zu stark mit Kosten belastet

Diese Tatsache wird dadurch verdeckt, dass die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung oftmals nicht offen ausgewiesen werden. Die tatsächlichen Gehaltskosten entsprechen jedoch dem Bruttogehalt plus Arbeitgeberanteile.

Die Belastung insbesondere der Arbeitnehmer durch Steuern und Sozialabgaben einschließlich der Arbeitgeberanteile liegt bis zum Erreichen der Beitragsbemessungsgrenze prozentual über den Belastungen des derzeitigen Spitzensteuersatzes.

Das Prinzip der Finanzierung durch Umlagen auf die menschliche Arbeit ist überdies nicht zukunftssicher. Dies gilt insbesondere in Hinblick auf Veränderungen am Arbeitsmarkt durch die fortschreitende Digitalisierung und künftige Rationalisierungen durch den Einsatz künstlicher Intelligenz.

"Bürgergeld" ist zu bürokratisch, kleinkariert und bietet zu wenige Anreize

Beziehern des Arbeitslosengeldes 2 (Hartz IV bzw. jetzt Bürgergeld) wird der Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu einem großen Teil genommen, da Hinzuverdienst, der über 100 Euro im Monat hinausgeht, zu 80 % verrechnet wird. Damit fehlen die wirtschaftlichen Anreize zur Arbeits-aufnahme. Stattdessen regelt ein zum Teil intransparent agierender Verwaltungsapparat in den "Jobcentern" die Zuteilung, Kontrolle, Betreuung und ggf. Sanktionierung, wobei das reale Existenzminimum auch bei Sanktionen nicht unterschritten werden darf.

Wer in Not gerät, muss andererseits spätestens nach zwei Jahren über einen geringen Freibetrag hinaus zunächst jegliches Vermögen verbrauchen, bevor Ansprüche auf staatliche Hilfe entstehen. So kann es sein, dass die Früchte eines Arbeitslebens vernichtet werden, wenn jemand durch widrige Umstände nicht mehr vermittelbar ist. Die Folgen sind sozialer Abstieg und Altersarmut.

Familienförderung entspricht nicht den Vorgaben des Verfassungsgerichts

Familien oder Alleinerziehende mit Kindern sind in Deutschland schlechter gestellt als Kinderlose, insbesondere als kinderlose Ehepaare. Dies ist vom Bundesverfassungsgericht in zwei Urteilen festgestellt und der Gesetzgeber zur Änderung aufgefordert worden. Die Politik der derzeitigen Bundestagsparteien hat diese höchstrichterliche Aufforderung bislang schlicht ignoriert.

Undurchsichtige Steuern, überproportionale Belastung der Mittelschicht

Die Einkommensteuergesetzgebung in Deutschland ist kompliziert, von Ausnahmeregelungen durchzogen, in weiten Teilen intransparent, ungerecht und leistungsfeindlich.

Im Rahmen der Sozial- und Steuergesetzgebung haben Politik und Verwaltung ein unüberschaubares Dickicht an Leistungen, Regulierungen, Sonderfällen, staatlichen Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten, Sanktionen und bürokratischen Anforderungen geschaffen. Die Folgen sind nicht nur Verwaltungsstrukturen, deren Effizienz zu hinterfragen ist, sondern auch eine blühende "Wohlfahrtsindustrie" mit einer zum Teil beklemmenden Verflechtung von Politik und Wohlfahrtsorganisationen.

Insgesamt ist Deutschland durch eine überbordende Wohlfahrtsbürokratie gefesselt, die unserer Gesellschaft und der Wirtschaft Ressourcen entzieht, Eigenverantwortung und Eigeninitiative tötet und unproduktive Tätigkeiten wuchern lässt.



Unsere Antwort

auf die Arbeitsverweigerung der etablierten Parteien in Sachen

- Abbau der Steuer- und Abgabenlast
- Bekämpfung der Altersarmut
- Generationengerechtigkeit
- Dynamisierung des Arbeitsmarktes
- Familienförderung
- Existenzsicherung
- durchgreifende Entbürokratisierung

heißt

SAFE

Steuern, Arbeit, Familie, Existenz

Die Lösung von **Wir Bürger** umfasst ganzheitlich die Bereiche Steuern, Arbeit, Familie und Existenzsicherung. Das SAFE-Konzept ist sozial nachhaltig und freiheitlich zugleich. Es kombiniert die Verantwortung der Gesellschaft für die sozial Schwächeren mit der Eigenverantwortung jedes einzelnen für sich und seine Zukunft.

Wir wollen Deutschland von den Fesseln der Wohlfahrtsbürokratie befreien, in dem wir den Menschen ihre Eigenverantwortung zurückgeben:

- Jede Arbeit lohnt sich, wer arbeitet bekommt mehr als jemand, der nicht arbeitet.
- Jeder entscheidet frei über seine Altersversorgung und den Grad seiner sozialen Absicherung.

Gleichzeitig sichern wir die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Existenz und sichern die medizinische Versorgung für jedermann.

Wir vereinfachen das Steuersystem radikal und sorgen für absolute Transparenz. Die geltenden Steuer-klassen werden abgeschafft, die geltenden Einkommensteuertarife durch eine neue Steuerformel ersetzt. Diese besteht aus einem Berechnungssatz der Einkommensteuer von maximal 45 % (mit dem erklärten Ziel, diesen zu senken) sowie einer Steuergutschrift ("negative Einkommensteuer") von monatlich 500 € und einem ergänzenden Freibetrag von 250 €. Insbesondere niedrige, mittlere und gehobene Einkommen werden gegenüber der heutigen Steuer- und Abgabenlast deutlich bessergestellt. Gleichzeitig wird durch ein aktivierendes Grundeinkommen die existentielle Sicherung gewährleistet. Das sogenannte "Bürgergeld" (vormals Hartz IV / Arbeitslosengeld II) ist überflüssig und wird ebenso abgeschafft wie Arbeitslosengeld I.

Es entfallen alle bisherigen Transferleistungen, die teilweise durch eine erhöhte Steuergutschrift ausgeglichen werden.



Nach Vollendung des 18. Lebensjahres bis zum vollendeten 67. Lebensjahr gelten Sonderregelungen in Form einer Erhöhung der Steuergutschrift um jeweils 250 € monatlich auf 750 € für folgende Gruppen:

- für Elternzeit in einem festzulegenden Zeitraum
- bei nachgewiesener dauerhafter Erwerbsunfähigkeit
- bei Arbeitslosigkeit für einen Zeitraum entsprechend dem heutigen ALG I
- für Studenten für eine festzulegende maximale Anzahl von Studienjahren, wobei weiterhin ergänzende Studienkredite über die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Anspruch genommen werden können
- in allen anderen Fällen bei Nachweis einer adäquaten gemeinnützigen Leistung oder Wahrnehmung eines vergleichbaren kommunalen oder staatlichen Beschäftigungsangebotes

Die Lösung der Rentenfrage

Die derzeitige durch Umlagen finanzierte Rente ist gescheitert, weil die demografische Entwicklung die Grundlage entzogen hat.

Durch die Sicherung einer staatlich finanzierten Altersgutschrift von 1.000 € monatlich (Basis 2021) für jeden ab 67 wird Altersarmut beseitigt. Sie gilt für jedermann, also auch für Selbstständige, Freiberufler und Beamte. Das Beamtenrecht ist entsprechend anzupassen.

Für Arbeitnehmer ist die Umstellung mit einer 20-prozentigen Erhöhung des Bruttogehalts durch Zuschlag des bisherigen Arbeitgeberanteils zu den Sozialversicherungsbeiträgen verbunden. Gleichzeitig entfallen die eigenen Abzüge für Sozialversicherungsbeiträge. Jeder Arbeitnehmer hat damit ausreichend finanziellen Spielraum, um in eigener Verantwortung für eine zusätzliche kapitalgedeckte Alterssicherung sorgen.

Damit wird gleichzeitig die Kapitalbildung breiter Bevölkerungsschichten in Deutschland auf eine neue Stufe gehoben. Kapitalbildung und die Teilhabe an Wertzuwächsen und Kapitalerträgen führen zu mehr Wohlstand und sind geeignet, den gesellschaftlichen Frieden zu sichern. Der Wirtschaftsstandort Deutschland wird durch eine breit gefächerte Beteiligung von Arbeitnehmern am Produktivvermögen zusätzlich gestärkt.

Verbunden ist der Vorschlag mit einer Garantie für erworbene Rentenansprüche – niemand wird also durch die Reform schlechter gestellt. Dies betrifft Arbeitnehmer und Rentner ebenso wie Beamte und Pensionäre.

Neues Niveau der Familienförderung

Zentraler Bestandteil der SAFE-Reform ist die deutliche Besserstellung von Eltern und Kindern. Ziel ist es, sowohl die Erziehungsleistungen der Eltern zu berücksichtigen und Einkommenseinbußen im Alter auszugleichen als auch die existentielle Sicherung der Kinder so zu gestalten, dass Chancen auf Bildung und gesellschaftliche Teilhabe auch für Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern oder prekären familiären Situationen deutlich verbessert werden.

Durch SAFE entfallen bisherigen Transferleistungen und Einzelfallregelungen für Kinder und Familien. Stattdessen heben wir die Förderung von Eltern und Kindern auf ein neues Niveau und erfüllen damit erstmalig die von den etablierten Parteien permanent ignorierte Forderung des Bundesverfassungsgerichts, die Benachteiligung von Familien mit Kindern auszugleichen.

Durch die Abschaffung der Steuerklassen und der gemeinsamen Veranlagung entfällt das bisherige Ehegattensplitting ebenso wie Kinderfreibeträge und Kindergeld in seiner bisherigen Form. Stattdessen



werden Kinder und deren Eltern mit 1.000 € monatlich gefördert, von denen 250 € auf die Krankenversicherung entfallen.

Das Kindergeld selbst startet bei 300 € im Monat für Kleinkinder und erhöht sich linear bis auf 500 € für ältere Jugendliche, allerdings mit folgender Besonderheit:

200 € davon werden monatlich als "Bildungsgeld" auf einer Chipkarte zweckgebunden, z.B. für Babyartikel, Betreuung, Schulbedarf, Klassenfahrten, Vereinsbeiträge, kulturelle und soziale Teilhabe gutgeschrieben. Die Chipkarte sorgt dafür, dass Geld wirklich für die entsprechenden Zwecke zum Kindeswohl ausgegeben wird. Nicht verbrauchte Guthaben können auf die Folgezeit übertragen werden. Da dies für jeden gilt, wirkt die Inanspruchnahme nicht sozial diskriminierend.

Das verbleibende frei verfügbare Kindergeld – je nach Alter monatlich zwischen 100 und 300 € - wird an die Eltern überwiesen.

Darüber hinaus erhalten die Eltern für jedes Kind zwischen dem 1. und dem vollendeten 18. Lebensjahr ein degressiv von 450 auf 250 € monatlich absinkendes Elterngeld. Dieses Geld ist zweckgebunden und kann zur Altersvorsorge oder den Erwerb von Wohneigentum genutzt werden. Über die Laufzeit von 18 Jahren beträgt das Elterngeld pro Kind insgesamt ca. 75.000 €.

Mehr Geld für Arbeitnehmer

Alle Sozialleistungen werden zukünftig über den staatlichen Haushalt finanziert und ggf. direkt über die Finanzverwaltung ausgezahlt. Die Finanzierung von Sozialversicherungen durch Umlagen auf Arbeitnehmerlohn wird abgeschafft und durch die beschriebenen steuerfinanzierten Leistungen ersetzt.

Entsprechend entfallen die Arbeitnehmer- wie auch die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, die stattdessen dem Bruttogehalt der Arbeitnehmer zugeschlagen werden. Als Folge steigt das Bruttogehalt der Arbeitnehmer bis zum Erreichen der Beitragsbemessungsgrenzen um ca. 20 Prozent, z.B. von 3.000 € auf 3.600 €, von 4.000 € auf 4.800 €. Nach Überschreiten der Grenzen erhöht sich das Bruttogehalt eines Angestellten von bisher 6.000 € auf ca. 7.125 € und bei 8.000 € auf ca. 9.260 €, danach konstant um ca. 1260 € pro Monat.

Ebenso steigt das verfügbare Nettoeinkommen signifikant (siehe Beispielrechnungen). Damit wird unter anderem ermöglicht, in freier Entscheidung zusätzliche kapitalgedeckte Altersvorsorge zu betreiben, zusätzliche Versicherungen gegen Erwerbslosigkeit abzuschließen oder zusätzliche Krankenversicherungsleistungen zu vereinbaren.

Das Krankenkassensystem mit gesetzlichen und privaten Krankenkassen bleibt erhalten, allerdings wird die Finanzierung umgestellt: durch einen einheitlichen steuerfinanzierten Basisbeitrag für Kranken- und Pflegeleistungen wird die medizinische und pflegerische Grundversorgung gesichert. Niemand kann mehr den Versichertenstatus verlieren. Jeder kann Zusatzleistungen dazu buchen. Alle Anbieter müssen sich dem Wettbewerb um die Versicherten stellen.



Arbeitslosenversicherung entfällt

Das jetzige System der Arbeitslosenversicherung wird ersetzt durch die erhöhte Steuergutschrift von 250 € für die Anspruchsdauer gemäß dem jetzigen ALG 1, nach dem Fortfall besteht die Möglichkeit, im Rahmen des aktivierenden Grundeinkommens den monatlichen Anspruch von 750 € zu wahren oder aber durch Arbeitsaufnahme ein höheres Einkommen zu erzielen. Ebenso besteht die Möglichkeit, sich auf Grund des zuvor deutlich höheren Nettoeinkommens zusätzlich gegen Arbeitslosigkeit abzusichern.

Wir sind davon überzeugt, dass dieses liberal-konservative Modell neue Impulse geben und neue Dynamik freisetzen wird, die der wirtschaftlichen Entwicklung insgesamt zugutekommt.

Der Arbeitsmarkt wird durch diese umfassende Reform und die damit verbundene Entbürokratisierung grundlegend entlastet und befreit.

Arbeitgeber werden durch den Fortfall der Berechnung und Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber von erheblichem Aufwand befreit. Der Straftatbestand der Vorenthaltung von Sozialabgaben entfällt vollständig.

Auch für bisherige "Bürgergeld"-Empfänger wird der Einstieg in Arbeit wesentlich attraktiver, weil er keinen Beschränkungen unterliegt. Jeder zusätzlich verdiente Euro lohnt sich, insbesondere durch den zur Steuergutschrift hinzukommenden Freibetrag von 250 € wird ein hoher Anreiz zur Arbeitsaufnahme geschaffen.

Die Agentur für Arbeit kann ohne den bisherigen Leistungsbereich als öffentlicher Vermittler von Beschäftigungsverhältnissen weiterbestehen. Es steht Arbeitssuchenden frei, sich dieser Einrichtung kostenfrei zu bedienen. Die Inanspruchnahme durch Unternehmen ist gebührenpflichtig.

Bürgergeld (ex Hartz IV) wird abgeschafft

Die Steuergutschrift pro Person in Höhe von 500 € monatlich macht das Arbeitslosengeld 2 ("Hartz IV" bzw. jetzt Bürgergeld) überflüssig. Wenn jemand über kein Einkommen verfügt, erhält er die 500 € zukünftig durch das Finanzamt ausgezahlt. Durch die Möglichkeit, gemeinnützige Arbeit zu leisten, die zwingend angeboten werden muss, kann jeder zwischen 18 und 66, der nicht chronisch krank oder aus einem anderen Grund dauerhaft arbeitsunfähig ist, weitere 250 € hinzuverdienen.

Bund, Länder und Kommunen werden verpflichtet, ausreichende Angebote für derartige gemeinnützige Arbeit bereitzustellen. Auf diese Weise wird mit dem SAFE-Konzept gleichzeitig ein "aktivierendes Grundeinkommen" von 750 € monatlich realisiert. Wer nachweislich dauerhaft arbeitsunfähig ist, erhält diese 250 € als zusätzlichen direkten Zuschuss, so dass auch hier 750 € pro Monat erreicht werden.

Als eine der wenigen verbleibenden Sozialleistungen wird Wohngeld gewährt. Dieses kann auf Grund der sehr unterschiedlichen Wohnungskosten nicht pauschalisiert werden.

Für bisherige ALG-2-Empfänger wird der Einstieg in eine Beschäftigung wesentlich attraktiver, weil er keinen Beschränkungen unterliegt. Jeder zusätzlich verdiente Euro lohnt sich, insbesondere durch den zur Steuergutschrift hinzukommenden Freibetrag von 250 € wird ein hoher Anreiz zur Arbeitsaufnahme geschaffen.

Die Sicherheit vor dem Fall ins Bodenlose beim Scheitern ermutigt Unternehmergeist und unternehmerische Initiative.

Ein ganz wichtiger Aspekt ist, dass diese Lösung vor existentiellen Ängsten befreit. Insbesondere Selbstständige müssen nicht mehr fürchten, durch geschäftlichen Misserfolg ins Bodenlose zu stürzen und nach einer Karenzzeit von zwei Jahren alles Angesparte, alles Eigentum und jegliche



Altersversorgung bis zu einem geringen Freibetrag zunächst einmal verwerten und verbrauchen zu müssen, bevor Ansprüche auf staatliche Unterstützung entstehen.

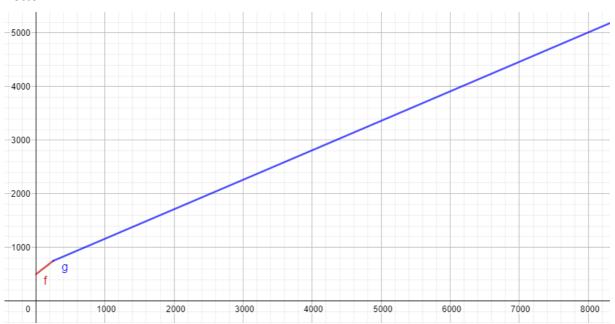
Insbesondere für junge Menschen erhöht sich der Anreiz, den Schritt in eine Selbstständigkeit zu wagen, weil auch hier nicht mehr zu befürchten ist, dass man durch ein Scheitern der Geschäftsidee sein Leben lang belastet ist. Dies gilt nicht nur für Gründer von risikobehafteten Startups, sondern genauso für jeden einzelnen, der den Schritt in die Selbstständigkeit wagt. Insbesondere hier erwarten wir die Freisetzung von Innovationskräften.

Die neue Steuerformel: Einfach, ausnahmslos, gerecht

Die Kombination der drei Komponenten Steuergutschrift, Freibetrag und einheitlicher Berechnungssatz führt zu einer neuen, einfachen, für jeden nachvollziehbaren Steuerformel und einer linearen Progression, bei der die Steuer- und Abgabenlast insbesondere für die Leistungsträger unserer Gesellschaft deutlich gesenkt wird.

Grafisch sieht der Tarifverlauf nach dem SAFE-Konzept zukünftig so aus:

netto



brutto



Die tatsächliche Belastung beträgt zukünftig bei einem monatlichen Erwerbseinkommen von

-	250€	insgesamt – 200,00 %	(= 750,00 € Netto-Einkommen)
-	500€	insgesamt – 77,50 %	(= 887,50 € Netto-Einkommen)
-	750€	insgesamt – 36,67 %	(= 1.025,00 € Netto-Einkommen)
-	1.000€	insgesamt – 16,25%	(= 1.162,50 € Netto-Einkommen)
-	1.500 €	insgesamt 4,17 %	(= 1.437,50 € Netto-Einkommen)
-	2.000€	insgesamt 14,38 %	(= 1.712,50 € Netto-Einkommen)
-	3.000€	insgesamt 24,58 %	(= 2.262,50 € Netto-Einkommen)
-	4.000 €	insgesamt 29,69 %	(= 2.812,50 € Netto-Einkommen)
-	5.000€	insgesamt 32,75 %	(= 3.362,50 € Netto-Einkommen)
-	6.000€	insgesamt 34,79 %	(= 3.912,50 € Netto-Einkommen)
-	8.000€	insgesamt 37,34 %	(= 5.012,50 € Netto-Einkommen)
-	10.000€	insgesamt 38,88 %	(= 6.112,50 € Netto-Einkommen)
-	20.000€	insgesamt 41,94 %	(= 11.612,50 € Netto-Einkommen)

Finanzierung des SAFE-Konzeptes:

Die Kosten des SAFE-Konzeptes belaufen sich auf jährlich ca. 890 Mrd. Euro (Stand 2021) – gegenüber staatliche Sozialtransfers und Leistungen der Sozialversicherungen 2019 von 1.040 Mrd. Euro.

Die Finanzierung ergibt sich daraus, dass die bisherigen Sozialversicherungsbeiträge einschließlich der dem Bruttoeinkommen zugeschlagenen Arbeitgeberanteile (insgesamt ca. 700 Mrd. € in 2019) der Versteuerung unterliegen, der an das neue Steuerguthaben anschließende Freibetrag bis zum Einsetzen der Besteuerung um ca. 70 % verringert wird und sämtliche sonstigen Ausnahmetatbestände abgeschafft werden (die neue Steuerformel gilt ohne Ausnahmen und Schlupflöcher) sowie bisherige staatliche Sozialtransfers in Höhe von 340 Mrd. € (Stand 2019) entfallen.

Nicht einbezogen sind die drastischen, aber derzeit nicht in der Gesamtheit bezifferbaren Einsparungen durch Bürokratieabbau, die zum Teil erst im Laufe der Zeit zum Tragen kommen.

Ein drastisches Beispiel ergibt sich im Bereich der Justiz: So hatten wir 2018 in Deutschland alleine 445.559 Sozialgerichtsverfahren zu verzeichnen. Diese dürften durch die Neuregelung um mindestens 90 % zurückgehen.

Ebenso nicht berücksichtigt sind die zu erwartenden Dynamisierungseffekte und die damit verbundenen positiven Wirkungen auf Wirtschaftsentwicklung und Wohlstand.

Fazit:

SAFE beantwortet die soziale Frage grundlegend neu und löst sie auf freiheitliche Weise. Existenznöte und Altersarmut werden beseitigt, der Staat radikal verschlankt, das Thema der sozialen Gerechtigkeit abschließend geklärt.

Die Kinder- und Familienförderung wird endlich so gestaltet, dass es attraktiv ist, Familien zu gründen und Kinder zu bekommen.

Das Konzept ist zutiefst liberal, weil ein jeder jenseits der Absicherung existentieller Sorgen für sich selbst verantwortlich ist. Beispiele Auswirkungen SAFE auf Monatseinkommen (2021):



	Angestellter	, keine Kirchensteuer,	. keine Kinder	. AOK Nordwest.	Steuerklasse 1:
--	---------------------	------------------------	----------------	-----------------	-----------------

Brutto-Gehalt alt:	4.000 €
AG-Anteile Sozialversicherung:	799 €
Lohnkosten gesamt (ohne Umlagen):	4.799 €
Steuer:	657 €
AN-Anteile Sozialversicherung:	809 €
Netto-Gehalt:	2.534 €
Abgaben insgesamt:	47,8 %

Angestellter, keine Kirchensteuer, zwei Kinder, AOK Nordwest, Steuerklasse 3:

Brutto-Gehalt alt:	4.000 €
AG-Anteile Sozialversicherung:	799 €
Lohnkosten gesamt (ohne Umlagen):	4.799 €
Steuer:	352€
AN-Anteile Sozialversicherung:	799 €
Netto-Gehalt alt:	2.849 €
Abgaben insgesamt:	40,6 %

SAFE-Modell für beide gleich:

Brutto-Gehalt neu*	4.799 €
(Davon zu versteuern:	4,549 €)
Abzüglich Steuer 45 %:	2.047 €
Zuzüglich. Steuergutschrift:	500€
Netto-Einkommen:	3.252 €
Abgaben insgesamt:	32,2 %

^{*} bisherige Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung werden dem Bruttogehalt zugeschlagen

Angestellter Ehepartner, keine Kirchensteuer, AOK Nordwest, Steuerklasse 5:

Brutto-Gehalt alt:	2.000 €
AG-Anteile Sozialversicherung:	400 €
Lohnkosten gesamt (ohne Umlagen):	2.400 €
Steuer:	399 €
Sozialversicherung:	400 €
Netto-Gehalt alt:	1.202 €
Abgaben insgesamt:	49,9 %

SAFE-Modell:

Brutto-Gehalt neu*:	2.400 €
(Davon zu versteuern:	2.150 €)
Abzüglich Steuer 45 %:	968 €
Zuzüglich Steuergutschrift:	500 €
Netto-Einkommen:	1.932 €
Abgaben insgesamt:	19,5 %

^{*} bisherige Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung werden dem Bruttogehalt zugeschlagen.



Beispiele Auswirkungen SAFE auf Familien-Monatseinkommen (2021):

I. Angestellter, keine Kirchensteuer, zwei Kinder, AO	K Nordwest, St	teuerklasse 3:
Brutto-Gehalt neu*	4.799 €	(alt: 4.000 €)
Netto-Einkommen neu:	3.252 €	(alt: 2.849 €)

Angestellter Ehepartner, keine Kirchensteuer, AOK Nordwest, Steuerklasse 5: Brutto-Gehalt neu*: 2.400 € (alt: 2.000 €)

Netto-Einkommen neu 1.932 € (alt: 1.202 €)

1. Kind 14Jahre:

Frei verfügbares **Kindergeld**: 300 €
Zweckgebundenes **Bildungsgeld**: 200 € **Elterngeld** zum Vermögensaufbau: 250 €

2. Kind 11 Jahre:

Frei verfügbares **Kindergeld**: 200 € Zweckgebundenes **Bildungsgeld**: 200 € **Elterngeld** zum Vermögensaufbau: 350 €

Familie insgesamt:

Frei Verfügbares **Nettoeinkommen** 5.684 €
Zweckgebundenes **Bildungsgeld** 400 € **Elterngeld** zum Vermögensaufbau: 600 €

II. Angestellter, keine Kirchensteuer, drei Kinder, AOK Nordwest, Steuerklasse 3:

 Brutto-Gehalt neu*
 4.799 € (alt: 4.000 €)

 Netto-Einkommen neu:
 3.252 € (alt: 2.849 €)

Ehepartner (Hausfrau/Hausmann o. Anstellung)

Netto-Einkommen neu (Steuergutschrift) 500 € (alt: kein Einkommen)

1. Kind 10 Jahre

Frei verfügbares **Kindergeld**: 200 € Zweckgebundenes **Bildungsgeld**: 200 € **Elterngeld** zum Vermögensaufbau: 350 €

2. Kind 7 Jahre

Frei verfügbares **Kindergeld**: 200 € Zweckgebundenes **Bildungsgeld**: 200 € **Elterngeld** zum Vermögensaufbau: 350 €

3. Kind 5 Jahre

Frei verfügbares **Kindergeld**: 100 € Zweckgebundenes **Bildungsgeld**: 200 € **Elterngeld** zum Vermögensaufbau: 450 €

Familie insgesamt:

Frei verfügbares **Nettoeinkommen**4.252 €
Zweckgebundenes **Bildungsgeld**600 €
Elterngeld zum Vermögensaufbau:
1.150 €



Die Herausforderungen im Einzelnen:

- I. Steuer- und Abgabenlast signifikant senken
- II. Steuer- und Sozialrecht radikal vereinfachen
- III. Schlechterstellung von Arbeitnehmern beenden
- IV. Soziale Sicherheit auf eine tragfähige Grundlage stellen
 - a. Altersarmut verhindern
 - b. Gesundheitssystem stabilisieren
 - c. Existenzängste beseitigen
 - d. Eigenverantwortung und Wahlfreiheit stärken
- V. Benachteiligung von Familien ausgleichen
- VI. Generationengerechtigkeit schaffen
- VII. Bürokratie und Verwaltungskosten drastisch reduzieren
- I. Die deutsche Politik bürdet uns die weltweit höchste Steuer- und Abgabenlast auf.
 - -> Steuer- und Abgabenlast signifikant senken

Insbesondere angestellte Arbeitnehmer als Leistungsträger unserer Gesellschaft werden mit der höchsten Steuer- und Abgabenlast weltweit abgeschöpft. Wenn man das "Arbeitgeberbrutto", also das Bruttogehalt des Arbeitnehmers plus der Sozialversicherungsanteilen des Arbeitgebers – und nur das ist der eigentlich korrekte Maßstab – zu Grunde legt, sind die Steuern und Abgaben, die auf einen mittleren Angestellten entfallen, prozentual höher als die eines Vorstandsmitglieds eines DAX-Konzerns, des Bundeskanzlers, eines Fernsehintendanten oder eines deutschen Fußballnationalspielers.

Die bestehende Steuer- und Abgabenlast ist nicht nur eine Unzumutbarkeit und Ungerechtigkeit gegenüber all jenen, die unser Land Tag für Tag am Laufen halten und für Wertschöpfung sorgen, sondern auch einer der Gründe, warum Deutschland im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte und Experten – also Zuwanderung, die uns weiterhelfen, sowie Verhinderung von Abwanderung, die uns schadet – nicht sonderlich attraktiv ist.

- SAFE steht für die signifikante Entlastung der Arbeitnehmer als wesentliche Leistungsträger der Gesellschaft.
- SAFE steht für eine wesentlich höhere Attraktivität des deutschen Arbeitsmarktes, indem die Steuerund Abgabenlast für nachhaltig gesenkt wird.
- II. Deutschland Steuer- und Sozialgesetzgebung ist die kleinteiligste und komplizierteste weltweit. Sie verursacht enormen bürokratischen Aufwand mit vollkommen unangemessenen Kosten.
 - -> Steuer- und Sozialrecht radikal vereinfachen

Deutschlands Steuersystem ist nicht nur kompliziert, sondern ungerecht. Ein typisches Beispiel ist das Ehegattensplitting, das kinderlose Paare mit doppeltem Einkommen gegenüber Alleinstehenden mit oder ohne Kinder unangemessen bevorzugt. Darüber hinaus gibt es sechs verschiedene Steuerklassen mit jeweils individuellen Tarifverläufen.



Gleiches gilt für das in 16 Sozialgesetzbüchern gefasste Sozialrecht. Es spiegelt das jahrzehntelange Bestreben wieder, durch möglichst komplexe und kleinteilige Regeln mit Ausnahmetatbeständen, Sonderregelungen, Abstufungen sowie komplizierten und umfangreichen Antrags,- Prüfungs-, Bewilligungs- und Kontrollmechanismen vorgebliche "Gerechtigkeit" zu bewirken oder häufig einfach nur Wählerklientel zu befriedigen.

Allzu oft verlangt das deutsche Steuer- und Sozialrecht den "gläsernen Bürger". Wir wollen den "gläsernen Staat" statt den "gläsernen Bürger".

- SAFE steht für eine einzige Steuerklasse mit einem für jedermann einheitlichen Tarif, einfachste Steuererklärungen und eine Formel, die jeder versteht und eine zusätzliche Förderung von Eltern mit Kindern.
- Komplexe und, kleinteilige sozialpolitische Regulierungen werden durch einfache, klare, allgemeingültige Regeln ersetzt. Der neue Maßstab für Gerechtigkeit ist Gleichbehandlung statt politisch wechselnder Willkür.
- III. Aus Gründen der Leistungsgerechtigkeit darf niemand durch staatliche Leistungen bessergestellt werden als jemand, der arbeitet.
 - -> Schlechterstellung von Arbeitnehmern beenden

Es ist selbstverständlich, dass in einem Land wie Deutschland niemand hungern und ohne Wohnung sein soll. Und dass die Möglichkeit zur sozialen Teilhabe bestehen muss. Die Entscheidung, dass man auf einem bestimmten Mindestniveau staatliche Existenzsicherung auch ohne Gegenleistung erhält, ist gefallen und sollte von niemandem in Frage gestellt werden. Allerdings ist es unerträglich, dass jemand, der Vollzeit arbeitet, unter bestimmten Umständen schlechter gestellt sein kann als jemand, der nicht arbeitet.

- SAFE steht für eine gleiche Existenzsicherung für jedermann, so dass Arbeit und Leistung sich wieder lohnen.
- IV. Das System der durch Umlagen finanzierten Sozialversicherungen ist durch die seit Jahrzehnten viel zu geringe Zahl von Geburten seiner Existenzgrundlagen beraubt und am Ende. Es bedarf einer vollkommen neuen, von demografischen Entwicklungen entkoppelten und für zukünftige Veränderungen in der Arbeitswelt flexibel anpassbaren Ausgestaltung und Finanzierung
 - -> Soziale Sicherheit auf eine tragfähige Grundlage stellen:
 - → Altersarmut verhindern
 - → Gesundheitssystem stabilisieren
 - → Existenzängste beseitigen
 - → Eigenverantwortung und Wahlfreiheit stärken



Der demografische Wandel bei gleichzeitigem medizinischen Fortschritt und längerer Lebenserwartung hat diesem System die Grundlage entzogen.

Die Auswirkungen der Digitalisierung und insbesondere des Einsatzes künstlicher Intelligenz auf den Arbeitsmarkt sind derzeit nicht absehbar. Die Finanzierung von Sozialtransfers durch Abschöpfung vom Arbeitseinkommen angestellter Arbeitnehmer ist keine tragfähige Basis für die soziale Sicherheit im 21. Jahrhundert.

Insbesondere die Rentenversicherung ist ein Fass ohne Boden, die Rente kommt bereits jetzt auf niedrigem Niveau nicht ohne massive Zuschüsse aus Steuermitteln aus, ohne eine radikale Reform werden die Rentenzuschüsse in wenigen Jahren die Hälfte des Bundeshaushaltes verschlingen.

Die Finanzierung des Gesundheitswesens und der Pflege ist eine Gemeinschaftsaufgabe, an der nicht nur ein Teil, sondern alle Bürger gleichermaßen mitwirken müssen, ohne die Wahl der Krankenkasse sowie individueller Zusatzleistungen einzuschränken.

Wenn ein System ans Ende gekommen ist, dann ist der teuerste und ineffizienteste Weg, es mit viel Geld und Aufwand auf Krampf am Leben zu erhalten. Es ist Zeit für einen radikalen Neubeginn. Je früher dieser kommt, desto besser ist es für alle Beteiligten und das Geld der Beitrags- und Steuerzahler.

- SAFE steht für eine zukunftssichere steuerliche Grundfinanzierung der Existenz- und Alterssicherung, für eine Grundfinanzierung des Gesundheitswesens pro Kopf aus Steuern sowie für ausreichende finanzielle Spielräume für die eigenverantwortliche individuelle Zusatzabsicherung.
- V. Eltern mit Kindern und ganz besonders Alleinerziehende sind in Deutschland finanziell deutlich schlechter gestellt als beispielsweise Paare oder Alleinstehende ohne Kinder.
 - -> Benachteiligung von Familien ausgleichen

Die finanzielle Benachteiligung von Familien ist vom Bundesverfassungsgericht mehrfach gerügt worden. Die Politik hat dies geflissentlich ignoriert, weil Eltern und Kinder keine organisierte Lobby haben.

Ohne Kinder hat unsere Gesellschaft keine Zukunft. Unter keinen Umständen dürfen wirtschaftliche Gründe den Ausschlag dafür geben, den Wunsch nach eigenen Kindern zurückzustellen oder aufzugeben.

Gleichzeitig wird die Spaltung unserer Gesellschaft vertieft, weil Kinder aus prekären oder wirtschaftlich schwachen Familienverhältnissen hinsichtlich der Bildungs- und Aufstiegschancen von Geburt an benachteiligt sind.

Eine Gesellschaft, deren größte Ressource Bildung und Wissen sind, darf diesen Zustand nicht akzeptieren, wenn sie sich nicht ihrer eigenen Zukunft berauben will.

• SAFE steht für eine neue Chancengerechtigkeit für Kinder und eine wirtschaftliche Anerkennung der Elternleistung und damit für den überfälligen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik.



- VI. Neben der Staatsverschuldung ist das aktuelle System der durch Umlagen finanzierten Sozialversicherung ein Vergehen an der jungen Generation.
 - -> Generationengerechtigkeit schaffen

Für die finanzielle Tragfähigkeit des Umlageverfahrens ist das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentenbeziehern entscheidend. Dieses hat sich in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich zu Lasten der Beitragszahler verändert.

- 1962 kamen in Westdeutschland sechs Beitragszahler auf einen Altersrentner
- 1973 kamen nur noch vier Beitragszahler auf einen Altersrentner
- 1992 nach der Wiedervereinigung waren es ganze drei Beitragszahler pro Altersrentner
- Aktuell finanzieren zwei Beitragszahler einen Altersrentner

Dieses Verhältnis wird sich weiter verschlechtern, weil seit 2020 die geburtenstarken Jahrgänge ("Babyboomer") in Rente gehen und die Zahl der Rentner drastisch ansteigt, während sich die Zahl der potentiellen Beitragszahler durch die demografische Entwicklung abnimmt. Konkret bedeutet das: der sogenannte "Generationenvertrag" funktioniert nicht mehr, die Generationengerechtigkeit ist völlig verloren gegangen: Während die Beitragssätze zur Rentenversicherung sich ständig erhöht haben, wurden die Leistungen gesenkt. Das jetzige niedrige Rentenniveau erfordert ohnehin bereits massive Stützung aus Steuergeldern. In wenigen Jahren wird diese Stützung die Hälfte des Bundeshaushalts auffressen.

• SAFE stellt durch die Umstellung auf eine steuerfinanzierte Grundsicherung plus dem nötigen finanziellen Spielraum für eine viel rentablere kapitalgedeckte Eigenvorsorge die verloren gegangene Generationengerechtigkeit wieder her.

- VII. Deutschland bindet menschliche und vernichtet finanzielle Ressourcen in einer ineffizienten, unproduktiven Steuer- und Wohlfahrtsbürokratie.
 - -> Bürokratie und Verwaltungskosten drastisch reduzieren

Deutschlands Wirtschaft ächzt unter Fachkräftemangel. Gleichzeitig entzieht ein gigantischer unproduktiver öffentlicher Verwaltungssektor dem Arbeitsmarkt Jahr für Jahr zehntausende qualifizierter Schul- und Hochschulabgänger. Es ist das Werk von Politikern, die ein dschungelartiges, ständig weiter wucherndes Gestrüpp von Vorschriften und Regulierungen erschaffen haben, um Dinge unter dem Vorwand einer anzustrebenden "Gerechtigkeit" kompliziert zu machen und damit in der Regel das Gegenteil von Gerechtigkeit erreichen.

Gleichzeitig werden Bürger und Unternehmen ebenfalls zu unproduktiver Beschäftigung gezwungen, weil sie sich zwangsläufig mit den Ergebnissen dieses Wildwuchses auseinander setzen müssen. Wir müssen Deutschland von diesem weltweit einzigartigen Dschungel befreien, um diese gigantische Fehlleitung von Ressourcen zu beenden.

Komplexe Vorschriften sind nicht gottgegeben, sondern das Werk von Politikern. Mit Ausnahme der Heerscharen von Steuerberatern, spezialisierten Rechtsanwälten und einer parasitären Wohlfahrtsindustrie haben wir alle darunter zu leiden.

Anfang des Jahres 2020 waren bei Sozialgerichten in der ersten Instanz 472.605 Verfahren anhängig, im Laufe des Jahres sind 309.650 weitere Verfahren hinzugekommen. Wir hören die Klagen über die



Überlastung und Unterbesetzung der Gerichte und der Justiz. Wenn diese um 90% reduziert würden, wäre dies ein Befreiungsschlag für das gesamte deutsche Justizwesen.

 SAFE steht für den größtmöglichen Bürokratieabbau durch die radikale Vereinfachung bzw. Streichung komplexer Vorschriften, Sonder- und Einzelfallregelungen im Steuer- und Sozialrecht sowie den Ersatz fast aller individuellen staatlichen Transferleistungen durch Steuergutschriften.

Ausführliche Lösungsbeschreibung:

- Gerechtigkeit durch Gleichbehandlung
- Einheitlicher Steuertarif mit Steuergutschrift ("negative Einkommensteuer")
- Signifikante Entlastung insbesondere für Arbeitnehmer
- Arbeit lohnt sich gegenüber Nichtarbeit ab dem ersten Euro
- Steuergutschrift deckt gleichzeitig Existenzminimum ab und ersetzt "Bürgergeld"
- Entfall der durch Umlagen finanzierten Sozialversicherung
- Grundsicherung im Alter per Steuergutschrift plus individuelle Kapitalbildung
- Grundfinanzierung des Gesundheitswesens plus individuelle Zusatzleistungen
- Nachhaltige Reform der Familienförderung
- Rigoroser Bürokratieabbau

Einzelne Korrekturen und Teilreformen reichen nicht mehr aus, um das System der Einkommens-steuer, den Arbeitsmarkt, die Familienförderung, die Altersversorgung, die Finanzierung des Gesundheitswesens und die Existenzsicherung auf eine zukunftssichere, tragfähige und für neue Entwicklungen offene Grundlage zu stellen.

Wir benötigen statt weiterer Flickschusterei einen vollständigen Paradigmenwechsel.

Das SAFE-Konzept (Steuern, Arbeit, Familie, Existenz) von **Wir Bürger** ist der erste ganzheitliche und ohne zusätzliche Kosten solide finanzierbare Lösungsansatz. Die Einsparpotentiale durch Entbürokratisierung sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

SAFE beruht auf

- Radikaler Vereinfachung
- Radikaler Entbürokratisierung
- Signifikanter Entlastung
- Staatlicher Grundsicherung plus Eigenverantwortung
- Gerechtigkeit durch Gleichbehandlung

SAFE liefert den überfälligen Befreiungsschlag für unser überladenes Steuersystem, die dauerhafte Gewährleistung einer verlässlichen sozialen Sicherheit, die von der demografischen Entwicklung und der Abschöpfung vom Arbeitslohn entkoppelt ist, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und ein neues, zukunftsweisendes Konzept der Familienförderung – verbunden mit einer bislang beispiellosen Kostensenkung durch Entbürokratisierung.



Steuergutschrift ("Negative Einkommensteuer") als Schlüssel

Der Schlüssel ist der Ersatz fast aller bisherigen staatlichen Transferleistungen durch eine monatliche Steuergutschrift ("negative Einkommensteuer") von 500 € bzw. als Altersgrundsicherung 960 € (zukünftig > 1.000 Euro) ab Vollendung des 67. Lebensjahres. Die bisherigen Beiträge für die Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung entfallen komplett, die Arbeitgeberanteile werden dem bisherigen Bruttogehalt zugeschlagen.

Für Arbeitslose, Elternteile in Elternzeit sowie Studenten (BAFöG entfällt) gilt eine Steuergutschrift von 750 € innerhalb der jetzt bereits geltenden zeitlichen Grenzen.

Zusätzlich zur Steuergutschrift gibt es für Einkünfte einen Freibetrag in Höhe von 250 € pro Monat (3.000 € pro Jahr). Darüber hinaus gilt ein einheitlicher Steuersatz von 45 % (für Kapitalerträge bleibt die Anrechnung bereits einbehaltener inländischer Quellensteuern).

Ziel ist es, den einheitlichen Steuersatz abzusenken. Zu diesem Zeitpunkt haben wir uns für die exemplarische Darstellung einer Lösung entschieden, die durchfinanziert ist. Tatsächlich ist das gewaltige Einsparpotential aus der Entbürokratisierung noch nicht enthalten. Dieses bietet Spielräume für eine Absenkung des Steuersatzes.

Im Ergebnis führt das jetzige Modell bereits ohne Einrechnung der Entbürokratisierungseffekte zu einer signifikanten Senkung der Steuer- und Abgabenlast (siehe Modellrechnungen). Dies gilt insbesondere für Arbeitnehmer. Ausnahmen gelten für wenige absolute Spitzenverdiener, für die Steuerschlupflöcher entfallen.

Nachhaltige Finanzierung des Gesundheitssystems durch alle Bürger aus Steueraufkommen

Die Kranken- und Pflegeversicherung wird nach dem SAFE-Konzept ebenso mit 250 € für eine Grundversorgung monatlich pro Kopf direkt aus Steuermitteln an die Kasse der Wahl des Versicherten bezahlt. Niemand in Deutschland ist damit mehr ohne grundlegenden Krankenversicherungsschutz.

Darüberhinausgehende Leistungen können individuell hinzugebucht werden. Die Krankenkassen – ob gesetzlich oder privat – treten in einen Leistungswettbewerb ein: Wer bietet die besten Leistungen für den Basistarif, wer die besten oder günstigsten Zusatztarife. Es besteht vollkommene Wahlfreiheit der Versicherten.

Die Grundversorgung soll sich weitgehend an den bisherigen Leistungen der gesetzlichen Kassen orientieren. Die Unterscheidung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung entfällt. Die Kassen treten in einen Wettbewerb um die besten Leistungen bzw. die günstigsten Bedingungen ein.

In SAFE nicht enthalten ist eine Reform des Gesundheitssystems selbst, das aufgrund der Bürokratisierung und schlechten Bezahlung ebenfalls an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gekommen ist.

Durch die Finanzierung des Grundbeitrags aus Steuermitteln werden alle Steuerpflichtigen gleichermaßen zur Finanzierung des Gesundheitssystems herangezogen. Das betrifft Beamte ebenso wie Selbstständige, Freiberufler, Unternehmer sowie Angestellte mit höheren Einkommen, die andererseits gleichzeitig den staatlichen Grundbeitrag für die Kasse ihrer Wahl erhalten.



Sicherheit und Wohlstand im Alter – das Ende von Altersarmut

Ab Vollendung des 67. Lebensjahr wird der monatliche negative Einkommensteuerbetrag – also die Zahlung des Finanzamtes an den Bürger – auf 1.000 € verdoppelt. Damit ist ein entscheidender Schritt gegen Altersarmut unternommen.

Diese Steuergutschrift gilt unabhängig von weiteren Einnahmen, es steht jedem frei, weiter zu arbeiten oder zusätzliche sonstige Einnahmen z.B. aus Kapitalanlagen zu erzielen.

Insbesondere angestellte Arbeitnehmer haben dank SAFE durch die signifikant höheren Nettoeinkommen die Möglichkeit, zusätzlich zur Steuergutschrift eigenverantwortlich ihre individuelle kapitalgedeckte und damit rentable Altersversorgung aufzubauen.

Der finanzielle Spielraum ergibt sich aus der Steuergutschrift für Erwerbsfähige plus den Wegfall der eigenen Sozialversicherungsbeiträge plus den Zuschlag der bisherigen Arbeitgeberanteile zum Bruttogehalt.

Wer Kinder hat, profitiert zukünftig zusätzlich von vermögenswirksamen Zuwendungen von 75.000 € pro Kind und den daraus folgende Erträgen.

Die bisherige Rentenbürokratie entfällt gänzlich.

Bestandsgarantie für bestehende Rentenansprüche:

Niemand soll durch die Reform schlechter gestellt werden.

Bereits begonnene Renten bleiben ebenso unangetastet wie bislang erworbene Rentenansprüche, die die Höhe der zukünftigen Steuergutschrift ab 67 übersteigen. Die Differenz wird aus Steuermitteln beglichen.

Wer bislang eine Rente unterhalb der Höhe der Steuergutschrift bezieht, erhält stattdessen die Steuergutschrift in voller Höhe.

Die neue Dimension der Familienförderung

Ein zentrales Element von SAFE ist die besondere Förderung für Eltern und Kindern: das frei verfügbare Kindergeld steigt altersbezogen von 100 auf 300 € und berücksichtigt damit die altersbedingten Mehrkosten. Hinzu kommt ein zweckgebundenes "Bildungsgeld" von 200 € monatlich, das angesammelt werden kann.

Die Eltern wiederum bekommen für ihre Erziehungs- und Betreuungsleistung monatlich altersbezogen sinkend einen Betrag von 450 € bis 250 €, der als Beitrag zur eigenen Altersvorsorge oder zum Erwerb von Wohneigentum genutzt werden kann. Über den Zeitraum von 18 Jahren beträgt die Anerkennungsleistung pro Kind somit ca. 75.000 € als zweckgebundener Beitrag zur Vermögensbildung oder zum Erwerb von Wohneigentum.

Mit dem SAFE-Konzept werden die Kosten der Kindererziehung weitestgehend abgedeckt und ein Ausgleich für Einkommensverluste geschaffen, die aus der Betreuung und Erziehung von Kindern resultieren.

In Elternzeit gilt eine erhöhte Steuergutschrift für das entsprechende Elternteil von 750 €.



Familiengründung wird mit SAFE wieder attraktiv, weil die Benachteiligung von Familien aufgehoben wird.

Steuergutschrift ersetzt "Bürgergeld" und Minijobs

Das sogenannte "Bürgergeld" (früher "Hartz IV") entfällt durch die negative Einkommensteuer ebenso wie das BAföG und gleichzeitig die damit verbundene Antrags-, Bewilligungs- und Überwachungsbürokratie.

Auch die Minijobs entfallen, da jedes Arbeitseinkommen den gleichen Regeln unterworfen ist: Zusätzlich zur negativen Einkommensteuer gilt der 250 € Freibetrag, danach der einheitliche Steuersatz.

Somit wird endlich das Lohnabstandsgebot eingehalten, denn niemand bezieht durch staatliche Transferleistungen ein höheres Einkommen als jemand, der arbeitet. Das gilt vom ersten verdienten Euro an.

Niemand, der in eine Notlage kommt, wird staatlicherseits gezwungen, bestehende Reserven anzugreifen und z. B. seine Altersvorsorge zu verbrauchen, da er mit Ausnahme der Steuergutschrift, die jedermann erhält, keine gesondert zu rechtfertigenden Leistungen empfängt.

Niemand, der sich selbstständig macht und ein unternehmerisches Risiko eingeht, muss sich sorgen, ins Bodenlose zu fallen, wenn er mit seiner Idee scheitert oder das Marktumfeld sich zu seinem Nachteil ändert.

Aktivierendes Grundeinkommen

Andererseits wird niemand durch SAFE und die negative Einkommenssteuer (Steuergutschrift) derartig "auf Rosen gebettet", dass die Motivation entfällt, eigenes Einkommen zu erwerben.

Stattdessen wird für Arbeitsuchende die Motivation zum Einstieg in eine bezahlte Beschäftigung drastisch erhöht, weil für jeden hinzu verdienten Euro zunächst der Freibetrag und dann ein Steuersatz gilt, der ihn besserstellt, als bisher mit Steuern und Abgaben inklusive Arbeitgeberanteil.

Der Anreiz, auch einfache oder zeitlich begrenzte Arbeit anzunehmen, um sein Einkommen zu erhöhen, mehrere Teilzeittätigkeiten anzunehmen oder den Schritt in eine selbstständige Tätigkeit zu wagen, um Einkünfte zu erzielen, wird deutlich erhöht.

Wenn man die negative Einkommensteuer des SAFE-Konzeptes als "Grundeinkommen" bewerten möchte, dann handelt es sich nicht um ein "bedingungsloses". Letztlich wird das ohnehin geltende "Bürgergeld" (früher "Hartz IV") in etwa gleicher Höhe, durch eine bürokratiefreie Lösung ersetzt. Da diese Steuergutschrift jedem deutschen Bürger zusteht, kann man jetzt allerdings von einem echten "Bürgergeld" sprechen, der aktuelle Etikettenschwindel wird geheilt.

Die negative Einkommensteuer ist also faktisch ein "aktivierendes Grundeinkommen" mit hohem Anreiz, für eigenen Zuverdienst zu sorgen.

Dazu gehört die Möglichkeit, durch die Annahme von gemeinnützigen Tätigkeiten die Steuergutschrift um bis zu 250 € monatlich zu erhöhen. Niemand, der erwerbsfähig ist, muss somit unter einem monatlichen Mindesteinkommen von 750 € bleiben, selbst wenn er auf dem regulären Arbeitsmarkt nicht sofort zum Zuge kommt.



Arbeitgeber profitieren durch reduzierte Bürokratie und einen attraktiveren Arbeitsmarkt

Die Entbürokratisierungsvorteile für Arbeitgeber sind ebenso eindeutig: Die Personalverwaltung wird dramatisch vereinfacht, weil es zukünftig pro Arbeitnehmer nur noch das Bruttogehalt (erhöht um die früheren Arbeitgeberanteile) gibt, von dem unter Berücksichtigung des Freibetrages ein einheitlicher Steuersatz an die Finanzverwaltung und ggf. Berufsgenossenschaftsbeiträge abzuführen sind. Die klassischen Sozialversicherungsbeiträge entfallen gänzlich.

Zusätzlich kann dem Fachkräftemangel, der einerseits durch die demografische Entwicklung, andererseits aber auch durch die mangelnde Attraktivität des deutschen Arbeitsmarktes auf Grund hoher Steuern und Abgaben sowie die Vergeudung von Arbeitskraft durch unproduktive Bürokratie befeuert wird, wirksam begegnet werden.

Arbeitslosenversicherung und Jobcenter entfallen

Für Arbeitslose erhöht sich innerhalb der nach dem bisherigen Arbeitslosengelt I geltenden Karenzzeiten die negative Einkommenssteuer von 500 auf 750 €.

Da die jetzigen Abzüge für die Arbeitslosenversicherung entfallen und die Arbeitgeberanteile dem Bruttogehalt zugeschlagen werden, hat jeder Arbeitnehmer die Möglichkeit, entweder eigene Rücklagen zu bilden oder freiwillige Versicherungen abzuschließen.

Durch eine Tätigkeit auf dem "sozialen Arbeitsmarkt" besteht zudem für jeden erwerbsfähigen Bürger die Möglichkeit, sich auch nach Verlust des regulären Arbeitsplatzes bis zur Aufnahme einer anderen Beschäftigung weiteres Einkommen zu erwerben. Die Existenz ist auf jeden Fall gesichert.

Die Agentur für Arbeit kann sich auf eine Vermittlungsfunktion bzw. eine freiwillige Arbeitslosenversicherung in Konkurrenz zu privaten Anbietern konzentrieren. Die bisherigen Jobcenter für ALG II-Empfänger (Hartz IV, jetzt Bürgergeld) entfallen ersatzlos.

Sofern der Staat Fort- und Weiterbildung unterstützen will, bieten sich Kooperationen mit den Arbeitgeberverbänden, Kammern und Innungen an, die Fachkräfte benötigen. Eventuelle staatliche Anteile sind aus Steuermitteln aufzubringen.

SAFE ist ein Befreiungsschlag in Sachen Entbürokratisierung

SAFE reduziert das komplexe und komplizierte deutsche Lohn-und Einkommensteuerrecht sowie das Sozialrecht auf das Wesentliche.

SAFE ersetzt einen schier unüberschaubaren Dschungel an Bestimmungen durch wenige einfache, klare und nachvollziehbare Regeln.

Diese Regeln sind nicht nur für den Bürger verständlich, sondern sie reduzieren den öffentlichen Verwaltungsaufwand auf ein Minimum. Die Finanzbeziehungen zwischen Bürger und Staat werden im Wesentlichen auf das Finanzamt konzentriert. Der Aufwand für die Erstellung von Einkommensteuererklärungen sowie deren Bearbeitung wird auf ein Minimum reduziert.

Das Einsparpotential dürfte über alle Ebenen und Institutionen einen dreistelligen Milliardenbetrag ergeben. Überdies macht SAFE hunderttausende von Sozialgerichtsverfahren überflüssig.



Unsere Verantwortung für nachfolgende Generationen

Wir wissen, dass eine derart grundlegende Reform, die auch eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen umfassen muss, eine enorme Herausforderung für alle Beteiligten darstellt.

Sie ist aber unerlässlich, wenn Deutschland dauerhaft wettbewerbsfähig sein will und gleichzeitig der soziale Frieden gewahrt bleiben soll.

Die Reform ist unerlässlich, um Generationengerechtigkeit herzustellen. Die derzeitige Kombi-nation aus staatlicher Schuldenmacherei, einem immer weiter ausufernden öffentlichen Sektor und einer in erster Linie auf Arbeitnehmereinkommen umgelegten Finanzierung des Wohlfahrtsstaates ist eine Hypothek für nachfolgende Generationen, die weder moralisch noch wirtschaftlich zu vertreten ist.

Die sogenannten "geburtenstarken Jahrgänge" – neudeutsch "Babyboomer" – haben in ihrer Gesamtheit eigenen Wohlstand, eigener Unabhängigkeit und eigener Selbstverwirklichung höheren Stellenwert eingeräumt als Kinder in die Welt zu setzen. Die von uns gewählten Politiker haben allen Aufforderungen des Verfassungsgerichtes zum Trotz nichts unternommen, um die finanzielle Schlechterstellung von Familien zu beseitigen.

SAFE eröffnet der jungen Generation eine neue Zukunftsperspektive. SAFE ermutigt Menschen dazu, sich für Kinder zu entscheiden. SAFE ist der Gegenentwurf zu den Irrwegen einer betriebsblinden und verantwortungsschwachen Politikergeneration, die ihre eigenen Schäflein im Trockenen wähnt und den drohenden Zusammenbruch der bestehenden sozialen Sicherungssysteme ausblendet.

SAFE ist eine große Chance für Deutschland – nutzen wir sie gemeinsam

Wir wissen, dass die Widerstände beharrlich sein werden und wir als junge und noch kleine Partei eine breite gesellschaftliche Unterstützung benötigen, um das zweifellos Richtige durchzusetzen.

Wir Bürger verstehen uns als Programmpartei und als politische Denkfabrik, um auf der Grundlage eingehender Problemanalysen die besten Lösungen für unser Land zu entwickeln.

Auf welchen Wegen unsere Konzepte umgesetzt werden, ist uns egal, auch wenn öffentliche Wahrnehmung und politische Erfolge sicher als Katalysator wirken würden.

Wir laden jedermann ein, uns dabei zu unterstützen oder sich zumindest Positionen zu eigen zu machen.



Sie möchten mehr über SAFE erfahren?

Weitere Informationen finden Sie unter

www.wirbuerger.de/safe

Gerne stehen wir Ihnen zur Verfügung, um Fragen zu beantworten und SAFE zu erläutern. Bitte schreiben Sie eine Mail an

safe@wirbuerger.de

Mit Institutionen, Verbänden, Vereinen, Interessensgruppen und Initiativen vereinbaren wir gern individuelle Termine für

- Online-Präsentationen
- Präsenz-Präsentationen

mit der Gelegenheit zur anschließenden ausführlichen Diskussion.